



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 20.10.2015, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Klimapartnerschaft Ludwigsburg - Kongoussi,
Burkina Faso
- mündlicher Bericht**

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder der Delegation aus Kongoussi, Burkina Faso, die für einige Tage zu Gast in Ludwigsburg seien. Die Partnerschaft von Kongoussi und Ludwigsburg habe besonders angesichts der aktuellen Lage eine besondere Bedeutung. Deshalb freue er sich, dass die seit 2006 bestehende Zusammenarbeit so erfolgreich sei und vom Förderkreis mit viel Engagement Projekte gestemmt worden seien, um dies zu unterstützen. Darüber hinaus bestehe nun auch die rechtliche Möglichkeit einer Klimapartnerschaft, die wünschenswerter Weise auch künftig unter Beteiligung der Ludwigsburger Partnerstadt Montbéliard fungieren solle. Dabei gelte es, zusätzlich zu den finanziellen Mitteln das technische „Know how“ zu sammeln und zu transferieren.

OBM **Spec** bedankt sich bei EBM **Seigfried**, der seinerseits die Gäste aus Kongoussi begrüßt und sie im Einzelnen vorstellt. Mit dabei seien Herr Idrissa **Gamsonré**, Präfekt und Interims-Bürgermeister der Stadtverwaltung Kongoussi, Herr Abdoul Karim **Zoungrana**, Hauptsekretär der Stadtverwaltung Kongoussi, Herr Oscar **Sawadogo**, Präsident der Partnerorganisation AZND, Barthélemy **Sawadogo**, Umweltingenieur und Mitarbeiter bei AZND sowie Herr Bema **Coulibaly**, Schulleiter des Ausbildungszentrums CFPK. Darüber hinaus berichtet er über die kommunale Klimapartnerschaft zwischen Kongoussi und Ludwigsburg sowie die politischen Hintergründe und die Hemmnisse, die es mit Hilfe der Zusammenarbeit zu überwinden gelte. Ziel der Partnerschaft sei es, die Lebensbedingungen der Menschen in Burkina Faso zu verbessern. Zu diesem Zweck seien in Zusammenarbeit mit Montbéliard auch schon verschiedene Projekte in Afrika angestoßen wurden.

Der Präfekt von Kongoussi, Herr **Gamsonré**, bedankt sich für die Möglichkeit, hier in Ludwigsburg sein zu können, um mit den Partnern vor Ort über die Fortführung der Zusammenarbeit reden zu können. Das vordringlichste Problem der im Norden von Burkina Faso gelegenen Provinz Kongoussi mit seinen rund 7.000 überwiegend von der Landwirtschaft lebenden Einwohnern sei die Wasserversorgung. Konkret bestehe das Problem darin, dass traditionell mit Wasserpumpen gearbeitet werde und dass Brunnen, die früher ca. 2.000 Menschen versorgen hätten müssen, heute für rund 40.000 ausreichen müssten. Und genau in diesem Punkt erhoffe man sich eine Verbesserung für die Bevölkerung durch die Zusammenarbeit im Rahmen der Klimapartnerschaft. Der Aktionsplan hierzu beinhalte die Schaffung von 10 zusätzlichen Brunnen in 10 Dörfern sowie die Beseitigung der Defizite und Schäden an den bereits vorhandenen. Eine weitere große Aufgabe sei die Errichtung eines Wasserreservoirs, um bei starken Regenfällen das Wasser auffangen zu

können. Allerdings habe dieses Wasser meist keine Trinkwasserqualität sondern enthalte Schad- und Giftstoffe. Die Menschen vor Ort müssten zunächst für den richtigen Umgang mit den Brunnen qualifiziert werden, so Herr Gamsonré weiter. Dies stelle ebenfalls eine von vielen Herausforderungen dar. Genau wie die Sensibilisierung und Bildung der Bevölkerung in Belangen des Klimaschutzes.

Ergänzend hierzu erläutert EBM **Seigfried**, inwiefern sich Ludwigsburg über Firmen, Vereine und Schulen hier einbringen könnte und wie hoch das Spendenaufkommen über das vorhandene Netzwerk bereits sei. Weiter berichtet er darüber, wie das Handlungsprogramm entstanden sei. Die Erarbeitung des Konzeptes vor Ort Sorge dafür, dass es von der dortigen Bevölkerung mitgetragen werde. Andernfalls hätte es kaum eine Chance auf Umsetzungen. Zentrale Themen des Handlungsprogramms seien der Aufbau einer sicheren Wasserversorgung, die Stärkung der Landwirtschaft, die Verbesserungen der hygienischen Bedingungen, ein nachhaltiges Umweltmanagement sowie eine verbesserte Energieversorgung.

Anschließend übergibt OBM **Spec** das Wort an Herrn Oscar **Sawadogo**, den er als „Mann der ersten Stunde“ bezeichnet. Dieser bedankt sich für die seit 9 Jahren sehr gut funktionierenden Zusammenarbeit, auf die er in einer kurzen Ansprache zurückblickt und dabei die Beteiligten erwähnt, die zu dem bisher erreichten Erfolg beigetragen hätten. Sein Traum für die Zukunft sei eine Charta der partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

OBM **Spec** zeigt sich überzeugt davon, dass das Engagement des Förderkreises zusammen mit der Erweiterung der politischen Möglichkeiten ein großes Pfund auf dem Weg zur Realisierung dieses Traumes sei. Sodann verabschiedet er die Delegation und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 2

Stab Wohnen und Integration 3.0

Vorl.Nr.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, 1 befristete Vollzeitstelle (3 Jahre) zeitnah zu besetzen. Für die Aufgabe kann auch ein qualifiziertes Fachbüro beauftragt werden. Der Vollzug wird der Verwaltung übertragen.
2. Für die Aufgaben werden von 2016 bis 2018 70.000 Euro pro Jahr im Haushalt zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle

Ja 9 Nein 3 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** gibt zu Bedenken, dass die Zahl der Flüchtlinge in nächster Zeit noch deutlich zunehmen werde und Ludwigsburg in der Frage der Flüchtlingsunterbringung eine aktive Rolle spiele. Die ohnehin schon großen Anstrengungen, die in diesem Bereich von EBM Seigfried und seinen Termin angestellt würden, müssten daher noch verstärkt werden. Von Vorteil sei hier, dass EBM Seigfried gleichzeitig auch in der Geschäftsführung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL) sei. Im Schulterschluss mit dem Gemeinderat und mit der Unterstützung der Bürgerschaft wolle man sich diesen zusätzlichen Herausforderungen stellen. Vordringliche Aufgabe sei es, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Allerdings solle dies in Ludwigsburg anders als in manchen anderen Kommunen nicht über Zwangsmaßnahmen erfolgen. Stattdessen werde an die Wohnungseigentümer und die Eigentümergemeinschaften appelliert, ungenutzte Wohnflächen dafür freizugeben. Unter Umständen könne die WBL als Zwischenmieter fungieren. OBM Spec gehe nämlich davon aus, dass genügend Wohnflächen vorhanden seien, sie müssten nur ermittelt werden um dann mit den Eigentümern entsprechende Gespräche führen zu können. Dafür brauche es entweder zusätzliches Personal oder die Aufgabe müsse mit Förderung durch die Stadt durch eine externe Stelle wahrgenommen werden.

Die Aufnahme von Flüchtlingen dürfe nicht im sogenannten „Katastrophenmodus“ erfolgen, mahnt EBM **Seigfried**. Um aber auf die Belegung von Hallen und Firmengebäuden verzichten zu können, müsse Wohnraum in entsprechendem Umfang angeboten werden. Diese Flächen seien in Ludwigsburg teilweise vorhanden oder müssten neu geschaffen werden. Außerdem müsse die Hilfsbereitschaft der Bürger gebündelt werden und bei der Betreuung der Flüchtlinge zusätzlich eine Art Nachsorge mit angedacht werden, die über die Aufnahme hinaus bis zum Eintritt in die Berufsausbildung oder den Arbeitsmarkt reiche. Dafür aber brauche es Personalressourcen und die Einrichtung eines Stabes, der die Kräfte bündelt und damit die notwendigen Schritte vorantreibt.

Es sei ein großes Spektrum, das abgedeckt werden müsse, stimmt Stadträtin **Kreiser** zu. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an zuvor geführte Diskussionen zur Wohnraumgewinnung im Zuge der Energiewende. Ihrer Ansicht nach handle es sich in diesem Fall um eine Aufgabe der WBL.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** merkt an, dass von ihrer Fraktion bereits Anfang des Jahres ein Wohnraumförderer beantragt worden sei. Dieser könne zwischen Mieter und Vermieter vermitteln. Der Vorschlag der Verwaltung werde daher begrüßt. Der dadurch gewonnene Wohnraum solle jedoch nicht ausschließlich an Flüchtlinge sondern auch an andere in Not geratene Wohnraumsuchende vermittelt werden.

Seine Fraktion habe den damaligen Antrag der Grünen unterstützt, so Stadtrat Dr. **O'Sullivan**. Deshalb könne man jetzt auch mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen. Allerdings sei es wichtig, die Wohnungsnot von der Flüchtlingspolitik zu trennen. Bei Flüchtlingen gehe es zunächst um Maßnahmen zur Integration, was nicht originär Aufgabe der Stadt sei, wohl aber die spätere Unterbringung dieser Menschen. Wohnungssuchende gebe es aber auch jetzt schon sehr viele. Ihm stelle sich deshalb die Frage, ob in den letzten Jahren in diese Richtung zu wenig unternommen worden sei. Ein Beispiel hierfür sei die Obdachlosenunterbringung, bei der es viel zu lange gedauert habe, bis eine Lösung gefunden worden sei. Wohnungsnot gebe es darüber hinaus aber zum Beispiel auch bei den Studenten. Auch hier müsse Abhilfe geschaffen werden. Deshalb sei es gut und wichtig, sich jetzt auf den Weg zu machen, um Leerstände zu akquirieren. Der Ansprechpartner für die Mieter und potentiellen Vermieter müsse auf jeden Fall verlässlich und vertrauenswürdig sei. Dass er unbedingt bei der WBL angesiedelt sein müsse, stellt Stadtrat O'Sullivan in Frage. Wichtiger sei die Integration in den Stadtteilen. Seine Fraktion stehe hinter dem Vorschlag der Verwaltung und damit auch hinter der Stellenschaffung.

Stadtrat **Heer** warnt davor, das Thema der allgemeinen Not an bezahlbarem Wohnraum mit der Flüchtlingsproblematik zu vermischen. Gebraucht würden sinnvolle Alternativen wie die Übernahme von Wohnungen durch die WBL, befristete Mietverträge oder Renovierungszusagen. Darüber hinaus müssten zusätzliche Wohnbauflächen geschaffen werden, wobei er unterstreicht, dass mit der Ausweisung von Neubaugebieten nicht automatisch gleichzeitig bezahlbarer Wohnraum vorhanden sei. Er vertritt jedoch die Ansicht, dass die neu geschaffene Stelle der Wohnungsbau Ludwigsburg (WBL) zugeordnet werden solle. Er stellt deshalb den Antrag, dies als Ziffer 3 des Beschlussantrages entsprechend zu ergänzen.

Stadträtin **Dziubas** stehe ebenfalls hinter dem Inhalt der Vorlage. Für sie sei jedoch unklar, ob diese Wohnraumakquise besser von Seiten der Stadt erfolgen solle oder doch eher Aufgabe der WBL sei.

Es folgt eine Diskussion darüber, wo diese Stelle richtiger Weise verortet sein sollte. Anschließend stellt OBM **Spec** den Antrag von Stadtrat **Heer** zur Abstimmung, wonach dies bei der WBL erfolgen solle.

Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

TOP 2.1

Vorstellung der Strategie

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.2

Schaffung der erforderlichen Personalressourcen

Vorl.Nr. 400/15

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 2.

TOP 3

Unterrichtung des Gemeinderats über die überörtliche Prüfung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der Stadt Ludwigsburg

Vorl.Nr. 393/15

in den Haushaltsjahren 2009 bis 2012

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (FB Finanzen) unterrichtet den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung über die überörtliche Rechnungsprüfung der Jahre 2009-2012. Er unterstreicht, dass sich der bei der vorangegangenen Prüfung gewonnene gute Gesamteindruck bestätigt habe. Dies zeige auch, dass der Prüfbericht ohne vorherige Schlussbesprechung ergangen sei. Er zitiert aus dem Prüfbericht, wonach die Stadt die Finanz- und Wirtschaftskrise mit Hilfe wirkungs- und sinnvoller Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen gut gemeistert habe.

Das Lob der Gemeindeprüfungsanstalt käme einer Auszeichnung gleich, freut sich Stadträtin **Kreiser**. Sie bedanke sich im Namen ihrer Fraktion für die gute Arbeit des Fachbereichs.

Diesen Dank wolle Stadtrat Dr. **Vierling** auf die gesamte Verwaltung einschließlich der Verwaltungsspitze ausgedehnt sehen und gleichzeitig festhalten, dass auch der Gemeinderat an diesem Erfolg nicht unbeteiligt sei.

Nachdem er den gesamten Prüfbericht gelesen habe, könne Stadtrat Dr. **O'Sullivan** bestätigen, dass es sich bei den Beanstandungen praktisch nur um Kleinigkeiten handle. Einzige Ausnahme stelle vielleicht die Anmerkung zum Fuhrpark der Technischen Dienste dar. Seine Fraktion habe das Vertrauen in die Verwaltung, um sicher zu sein, dass diese Beanstandungen behoben würden.

Im Namen seiner Fraktion bedankt sich auch Stadtrat **Weiss** bei der Verwaltung und schließt ebenfalls den Gemeinderat mit ein. Aus dem Prüfbericht habe er außerdem gelesen, dass die Konsolidierung weiterhin betrieben und Folgekosten beachtet werden sollen. Ziel solle es sein, die Schulden zurück zu fahren.

Stadtrat **Heer** schlägt vor, durch globale Minderaufwendungen die Ausgaben den Einnahmen anzupassen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt OBM **Spec** diesen Tagesordnungspunkt

TOP 4

Jahresrechnung 2013

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 4.1 und 4.2.

TOP 4.1

Schlussbericht über die örtliche Prüfung

Vorl.Nr. 394/15

(Vorberatung)

Beratungsverlauf:

Der Schlussbericht über die örtliche Prüfung des Fachbereichs Revision erfolgt durch Frau **Meier** (FB Revision). Anknüpfend an das Prüfungsergebnis der Gemeindeprüfungsanstalt könne die Feststellung der Jahresrechnung 2013 empfohlen werden.

Dieser Empfehlung könne sie sich für ihre Fraktion anschließen, so Stadträtin **Kreiser**.

Stadtrat Dr. **Vierling** entnehme dem Prüfbericht, dass der Fachbereich Revision im Bereich der Interkommunalen Zusammenarbeit besondere Stärken beweise. Er schlage deshalb vor, dies auch auf andere Bereiche auszudehnen und die Potentiale zu nutzen. Außerdem erkundigt er sich nach den Hintergründen der aufgeführten, kleineren Mängel, die Frau Meier daraufhin kurz erläutert.

TOP 4.2

**Feststellung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 390/15

Empfehlungsbeschluss:

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2013 wird gemäß § 95 Abs. 2 GemO (alte Fassung) mit den im Bericht des Fachbereichs Finanzen vom 07.10.2014 (Vorl. Nr. 312/14) enthaltenen Beträgen endgültig wie folgt festgestellt:

I. Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012

| | Verwaltungs- haushalt EUR | Vermögens- haushalt EUR | Gesamt- haushalt EUR |
|---|---------------------------------|-------------------------------|----------------------------|
| 1. Soll-Einnahmen | 309.737.867,26 | 90.096.499,74 | 399.834,367 |
| 2. Neue Haushaltseinnahmereste | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 3. Zwischensumme | 309.737.867,26 | 90.096.499,74 | 399.834,367 |
| 4. ./. Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 5. Bereinigte Soll-Einnahmen | 309.737.867,26 | 90.096.499,74 | 399.834,367 |
| 6. Soll-Ausgaben | 313.236.267,26 | 103.468.499,74 | 416.704.767 |
| 7. Neue Haushaltsausgabereste | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 8. Zwischensumme | 313.236.267,26 | 103.468.499,74 | 416.704.767 |
| 9. ./. Haushaltsausgabereste vom Vorjahr | 3.498.400,00 | 13.372.000,00 | 16.870.400 |
| 10. Bereinigte Soll-Ausgaben | 309.737.867,26 | 90.096.499,74 | 399.834,367 |

| | | | | |
|-----|---|------|------|------|
| 11. | Differenz Ziff. 10 ./ Ziff. 5 (Fehlbetrag) | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
|-----|---|------|------|------|

| | Verwaltungs- haushalt EUR | Vermögens- haushalt EUR | Gesam- haushalt EUR |
|------|---------------------------------|-------------------------------|---------------------------|
| 12. | Zugänge/Abgänge an: | | |
| 12.1 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 12.2 | -3.498.400,00 | -13.372.000,00 | -16.870.400,00 |
| 13. | | 11.769.184,88 | 11.769.184,88 |
| 14. | | 0,00 | 0,00 |

II. Vermögen der Stadt

Geldvermögen

| Stand zu Beginn des RJ 2013 EUR | Zugang EUR | Abgang EUR | Stand auf Ende des RJ 2013 EUR |
|---------------------------------------|---------------|---------------|--------------------------------------|
| 173.578.624,51 | 57.688.634,10 | 13.704.503,95 | 217.562.754,66 |

III. Schulden

| Stand zu Beginn des RJ 2013 EUR | Zugang EUR | Abgang EUR | Stand auf Ende des RJ 2013 EUR |
|---------------------------------------|---------------|---------------|--------------------------------------|
| 8.666.863,97 | 4.472.349,81 | 529.350,38 | 12.609.863,40 |

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 20.10.2015

Mit Blick auf die unter Tagesordnung 4.1 bereits erfolgten Ausführungen werden seitens des Gremiums auf zusätzlichen Sachvortrag und Aussprache verzichtet. Sodann stellt OBM **Spec** den Beschluss zur Abstimmung.

TOP 5

**Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. -
Jahresbericht 2014 und Freigabe des
städtischen Zuschusses 2015 zur Auszahlung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 381/15

Empfehlungsbeschluss:

1. Der Sachbericht der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2015 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von insgesamt 177.456,58,- EUR wird zur Auszahlung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Frau **Gonsiorek** (Geschäftsführung Tanz & Theaterwerkstatt) berichtet über die Aktivitäten und Projekte der Tanz & Theaterwerkstatt (TTW) im Jahr 2014 und verweist dabei auf die Anlage 4 zur Vorl. Nr. 381/15. Mit ihren Kursen, Workshops und Fortbildungen sowie mit den durchgeführten Projekten nehme die TTW ihre Aufgabe als kulturelle Bildungseinrichtung sehr ernst. Darüber hinaus sei sie aber auch Spiel- und Produktionsstätte. Als Beleg dafür erinnert Frau Gonsiorek an einige der in 2014 durchgeführten Veranstaltungen und Projekte. Anschließend gibt sie einen Ausblick auf das Jahr 2015 und die Planungen 2016. Sie legt dar, welche Auswirkungen die Aktivitäten der TTW hätten und welcher Zweck damit verfolgt werde. Abschließend geht sie auf die Finanzen der TTW ein und bedankt sich für die finanzielle Unterstützung durch die Stadt.

Die TTW mache die Stadt bunt und lebendig, lobt Stadträtin **Kreiser**. Den hohen Anteil an der

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 20.10.2015

Eigenfinanzierung hält sie dabei für beachtlich.

Stadträtin **Wiedmann** gratuliert allen Beteiligten zu der sehr guten Arbeit und das ebenfalls sehr gute finanzielle Ergebnis. Erfreulich seien die hohen Einnahmen durch Spenden, die gleichzeitig auch die Anerkennung der Leistungen ausdrückten. Sie spricht kurz einzelne Projekte und Gruppierungen an und wünscht viel Erfolg für die weitere Arbeit. Sie beschäftigt jedoch die Frage, warum der Ausbildungsplatz weg falle.

Die TTW leiste eine ganz tolle Arbeit, bestätigt auch Stadträtin **Deetz** und gratuliert herzlich zu dem Erfolg. Das Klientel sei ganz unterschiedlich, aber alle hätten ihre Freude am Angebot. Damit trage die TTW entscheidend zur Marke Ludwigsburg bei. Sie regt an, durch die Zusammenarbeit mit Altenheimen das Thema Kunst und Demenz aufzugreifen.

Für Stadtrat **Weiss** stehe fest, dass der Zuschuss gut angelegt sei. Schließlich werde es immer mehr, was geleistet werde, wofür er der TTW sein Kompliment ausspreche.

Die TTW steche nicht zuletzt mit dem hohen Eigenanteil an der Finanzierung positiv heraus, bemerkt Stadtrat Heer. Auch er bedankt sich für die gute Arbeit und wünscht weiterhin Erfolg.

Stadträtin **Dziubas** gefalle besonders, dass die TTW Angebote an alle Alters- und Bevölkerungsschichten mache. Sie können sich dem Lob und dem Dank daher nur anschließen.

Stadträtin Dr. **Vierling** erkundigt sich nach möglichen Ideen für eine weitere Zusammenarbeit mit den Vorbereitungsklassen der Justinus-Kerner und der Osterholzschule.

Abschließend beantwortet Frau **Gonsiorek** die Fragen und bestätigt, dass die Karlshöhe ein fester Kooperationspartner sei, zu dem regelmäßiger Kontakt bestehe. Die Ausbildungsstelle werde derzeit nur noch in Form eines FSJ (Freiwilligen Soziales Jahr) geführt. Grund dafür sei die relativ schwierige Einbindung eines Auszubildenden in die Praxis. Was die weitere Zusammenarbeit mit den Vorbereitungsklassen angehe, so sei man auf der Suche nach weiteren Stiftungen, die dies ermöglichen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt OBM **Spec** diesen Tagesordnungspunkt in dem er zur Abstimmung aufruft.

TOP 6

**Scala Kultur gGmbH, Abteilung Theatersommer
- Bericht 2014 und Zuschussantrag 2016
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 382/15

Empfehlungsbeschluss:

1. Der Jahresbericht 2014 und die Spielzeit-Bilanz 2015 der Scala Kultur gGmbH - Abteilung Theatersommer - werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Den Programm- und Haushaltsplanungen 2016 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kratz** (Geschäftsführung Scala Kultur gGmbH / Theatersommer) berichtet anhand der Vorl. Nr. 382/15 über die Spielzeit 2014 und 2015 und gibt einen kurzen Ausblick auf die Planungen 2016. Dabei geht er auf die finanzielle Ausstattung des Theatersommers ein und zitiert aus der Bilanz. Der Prüfbericht stehe zwar noch aus, aber mit dem Ergebnis könne man durchaus zufrieden sein. Er gibt einen Rückblick auf die Spielzeit 2015 sowie auf die Höhepunkte des 25jährigen Jubiläums. Dieses Jahr sei etwas ganz Besonderes gewesen, weshalb er die Gelegenheit nutzen wolle, sich für jegliche Förderung und Unterstützung zu bedanken. Schließlich sei die Jubiläumsspielzeit nicht nur inhaltlich, sondern aufgrund der Sonderförderungen auch wirtschaftlich ein Erfolg gewesen. Natürlich dürfe aber nicht davon ausgegangen werden, dass dies in diesem Umfang aufrechterhalten oder gar überboten werden könne, zumal noch mehr Zuschauer die Kapazitäten sprengen würden. Für die kommende Spielzeit kündigt Herr Kratz zwei neue Inszenierung sowie Experimentier- und Kindertheater an und stellt sich dann den Fragen aus der Mitte des Gremiums.

Stadträtin **Kreiser** bezeichnet den Theatersommer als Kleinod in der Stadt, das vor allem auch für jüngere Leute attraktiv sei. Sie teilt die Ansicht von Herrn Kratz, dass noch höhere Besucherzahlen kaum zu meistern seien und möchte wissen, inwiefern die Infrastruktur unter den Zuschauermengen leide.

Der Kultursommer ist nach Ansicht von Stadträtin **Wiedmann** ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Bildung. Das Programm sei einfach toll und sie gratuliere ganz herzlich, besonders zum Jubiläumsjahr.

Stadträtin **Deetz** schließt sich dem Lob ebenfalls an. Sie vermutet, dass die besondere Wirkung des Theatersommers durch die Nähe zur Bühne bewirkt werde. Auf jeden Fall fördere er die Marke Ludwigsburg und das Image der Kulturstadt. Natürlich sei man bei den Veranstaltungen abhängig vom Wetter, das ließe sich aber wohl nicht ändern. Trotz ihrer ursprünglichen Zweifel habe ihr auch die Darbietung des Filmes auf der Bühne gut gefallen. Sie regt an, es eventuell auch mal mit der Darbietung von den an Gymnasien prüfungsrelevanten Stücken zu versuchen, den sogenannten „Sternchen-Themen“. Sie könne sich vorstellen, dass dies unter den Schülern für großen Zulauf Sorge.

Die Zuschauerzahlen seien nicht mehr zu steigern, meint Stadtrat **Weiss**. Darunter würde sonst nicht nur die Infrastruktur und der biologisch sensible Garten sondern auch die Atmosphäre des Theatersommers leiden. Gut fände er die Zusammenarbeit mit der Veranstaltung der „Weinlaube“ im Rathaushof.

Dem Lob ihrer Vorredner schließen sich sowohl Stadtrat **Heer** als auch Stadträtin **Dziubas** in vollem Umfang an.

Herr **Kratz** geht abschließend auf die angesprochenen Themen ein und bestätigt die Auffassung des Gremiums. Mehr Zuschauer wären weder verträglich für die Infrastruktur, wie etwa die Toiletten, noch für den sensiblen Garten, mit dem pfleglich umgegangen werden müsse.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen bedankt sich OBM **Spec** beim Geschäftsführer des Theatersommers, Herrn Kratz, und ruft die Vorlage zur Abstimmung auf,

TOP 7

**Verkaufsoffene Sonntage 2016
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 396/15

Abweichender Empfehlungsbeschluss:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

~~am 03.01.2016 anlässlich des „Ludwigsburger Königstag“ (Ludwigsburg-Innenstadt)~~

~~am 20.03.2016 anlässlich des „Märzklopfen“ (Ludwigsburg-Innenstadt)~~

am 03.04.2016 anlässlich der Saisonöffnung „Oldtimer-Sternfahrt“ (Ludwigsburg-Nord
und Monrepos

am 19.06.2016 anlässlich des „Kiesranzenfest“ (Neckarweihingen)

am 09.10.2016 anlässlich des „Kastanienbeutel fest“ (Ludwigsburg-Innenstadt)

am 16.10.2016 anlässlich des Saisonabschlusses der „Oldtimer-Sternfahrt“ (Ludwigsburg-Nord
und Monrepos)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle

Ja 12 Nein 1 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorl. Nr. 396/15 und übergibt das Wort an Herrn **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung), der über die zwischenzeitlich noch eingegangenen Stellungnahmen aus der Anhörung informiert. Darunter seien die IHK, Verdi, das evangelische und das katholische Dekanat. Demnach stimme die IHK zu, Verdi habe grundsätzliche Bedenken gegen verkaufsoffene Sonntage wie auch die beiden Kirchenvertreter, die um die Heiligung des

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 20.10.2015

Sonntags, hier speziell des Palmsonntags, fürchteten.

Herr **Steinert** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) ergänzt, dass der Termin für das „Märzklopfen“ eigentlich in Anlehnung an die Eröffnung des Blühenden Barocks angedacht war. Von Seiten des Einzelhandels sei aber gewünscht worden, den Termin etwas nach hinten zu verschieben. Damit würde der verkaufsoffene Sonntag aber mit Ostern kollidieren.

Stadträtin **Kreiser** trägt in ihrer Stellungnahme zum einen die Bedenken ihrer Fraktion gegen den Termin am 3. Januar, dem „Ludwigsburger Königstag“ vor. Dieser Termin liege zu dicht an der Weihnachtszeit, in der die Beschäftigten des Einzelhandels ohnehin schon stark überlastet seien. Zum anderen spreche sich ihre Fraktion gegen einen verkaufsoffenen Sonntag am 20.03.2016, dem Palmsonntag, aus.

Den Bedenken gegen eine Öffnung der Läden am Palmsonntag schließe sich seine Fraktion an, so Stadtrat Dr. **Vierling**. Außerdem werde stark an der Notwendigkeit des „Ludwigsburger Königstages“ am 03.01.2016 gezweifelt. Die Sonn- und Feiertagsruhe stelle einen gesellschaftlichen Wert dar, auf den Rücksicht genommen werden müsse. Außerdem störe er sich auch an der erhöhten Verkehrsbelastung, die noch immer nicht richtig angegangen worden sei. Dies aber sei Voraussetzung für solche Veranstaltungen.

Nach Aussage von Stadträtin **Liepins** frage sich auch ihre Fraktion, was der Hintergrund für einen „Ludwigsburger Königstag“ sein solle. Ohnehin seien es zu viele verkaufsoffene Sonntage, um allen zustimmen zu können. Diese belasteten die Beschäftigten im Einzelhandel und auch die Anwohner der Innenstadt zu sehr. Ein Verkehrschaos wie am Wochenende der Marstall-Eröffnung dürfe es nicht noch einmal geben, warnt sie. Ihre Fraktion brauche zunächst eine Aussage des Vereins der Ludwigsburger Innenstadt (LUIS e.V.) hierzu. Zusammenfassend könne sie aber heute schon sagen, dass der 03.01. und der 20.03.2016 ihrer Fraktion besonders problematisch erschienen.

Stadtrat Florian **Lutz** unterstreicht zunächst, dass verkaufsoffenen Sonntag unbedingt zu Belegung der Stadt beitragen und deshalb sehr wichtig seien. Außerdem sei ihm wichtig festzuhalten, dass es ein Verkehrschaos, wie am bereits angesprochenen Wochenende 03./04.10.2015, bisher nie gegeben habe. Vielleicht wurde der zur Eröffnung des Marstalls eingesetzte Shuttle nicht richtig genutzt. Ungeachtet dessen halte auch seine Fraktion den 03.01. und den 20.03.2016 für problematisch. Den „Ludwigsburger Königstag“ im Januar, weil er zu dicht an der Weihnachtszeit liege und den Termin für das Märzklopfen, weil es der Palmsonntag sei.

Stadtrat Heer plädiert für eine Verbesserung der Verkehrssituation bei Veranstaltungen in der Innenstadt, besonders, wenn sie solche Ausmaße annehmen, wie die Eröffnung des Marstall. Auch er habe gewisse Vorbehalte gegen die beiden verkaufsoffenen Sonntage im Januar und März.

Im Interesse der Beschäftigten im Einzelhandel spreche sich Stadträtin **Dziubas** generell gegen die Abhaltung verkaufsoffener Sonntage aus.

Herr **Steinert** räumt ein, dass die geforderten Gespräche in den Fraktionen angeboten worden seien und an dem auf die Sitzung folgenden Montag stattfinden sollen. Danach geht er auf die mehrfach angesprochenen Verkehrssituation am Wochenende des 3. und 4. Oktobers 2015 ein und weist darauf hin, dass an den Stadteingängen P+R-Parkplätze ausgewiesen seien und an diesem Wochenende 1.600 zusätzliche Parkplätze zur Verfügung gestanden hätten und auch der eingerichtete Shuttle genutzt worden wäre. Die ebenfalls angesprochene Sperrung der Wilhelmstraße sei zum Beispiel für das Kastanienbeutelfest geplant. Ein Alternativtermin für das „Märzklopfen“ am 20.03.2016 sei schwerlich zu finden, da am Sonntag zuvor Landtagswahlen stattfänden und am 27.03.2016 bereits Ostersonntag sei.

Zur Begründung der „Ludwigsburger Königstage“ übergibt OBM **Spec** das Wort an Herrn **Müller** vom LUIS e.V., der erläutert, dass dies auf eine frühere Anfrage der Wilhelmgalerie zurückgehe, die zwischenzeitlich auch vom Marstall unterstützt werde. Das Weihnachtsgeschäft verlagere sich wegen der immer mehr werdenden Gutscheingeschenke und der Umtauschaktionen zusehends. Für den Konsumenten stelle ein verkaufsoffener Sonntag Anfang Januar ein zusätzliches Angebot dar, dass von Seiten des Einzelhandels mit den Neujahrswünschen an ihre Kunden verbunden werden könne. Der dafür gewählte Titel „Ludwigsburger Königstage“ gehe auf die Verleihung der Königswürde am 01.01.1806 zurück.

Schon allein wegen des geschichtlichen Hintergrundes sei dies abzulehnen, wirft Stadtrat Dr. O’Sullivan ein.

Da aus der Mitte des Gremiums Bedenken hinsichtlich der Abhaltung verkaufsoffener Sonntage an den Terminen 03.01.2016 und 20.03.2016 geäußert werden schlägt OBM **Spec** vor, diese beiden Termine zunächst bei der Beschlussfassung auszuklammern. Sodann stellt er den abweichenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 8

Betriebsausschuss Tourismus und Events

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Tourismus und Events Ludwigsburg vom 20.10.2015.